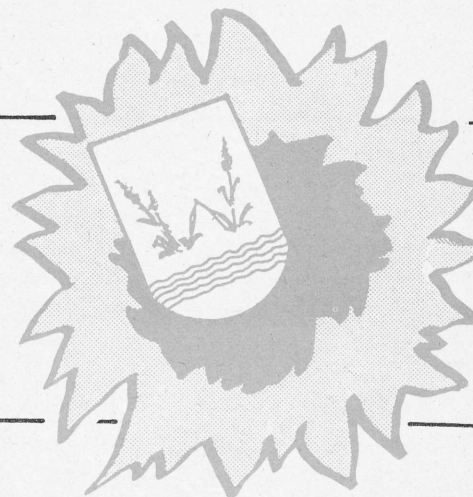


DER GRÜNE BOTE



HUNGER auf die DDR!

Es war nichts anderes zu erwarten: Da fegt eine demokratische Massenbewegung in der DDR, die ihresgleichen in der deutschen Geschichte nicht hat, mit friedlichen Mitteln die verhaßte SED-Diktatur beiseite, und den führenden Herren in Wirtschaft und Politik der Bundesrepublik steht der Sinn gleich nach ökonomischer Vorherrschaft und dem Anschluß der DDR an die BRD.

Denn wenn auch noch soviel die Rede ist vom "Selbstbestimmungsrecht unserer Landsleute" und von "Hilfe in der Not", diesen Herrschaften guckt der Hunger auf die DDR aus jedem Knopfloch.

Der Bundeskanzler hat dies am 28. November in wohlgesetzte Worte gefaßt, mit seinem 10-Punkte-Programm hat er sozusagen die Bestellung aufgegeben im Restaurant Europa. Und die SPD bestellt sofort das gleiche Hauptgericht, nur ein paar andere Vorspeisen. Mahlzeit!

Die Marschrichtung dieser Großen Koalition ist klar: Konföderation bis zur Bildung eines Bundesstaates BRD(DR), eingebettet in die EG.

Die marode DDR-Wirtschaft soll dabei mit Kapitalspritzen aus der Bundesrepublik "auf Vordermann" gebracht werden. Bedingungen werden dazu keine gestellt, oh nein, lediglich die "sachlichen Voraussetzungen" muß die DDR schaffen: Das

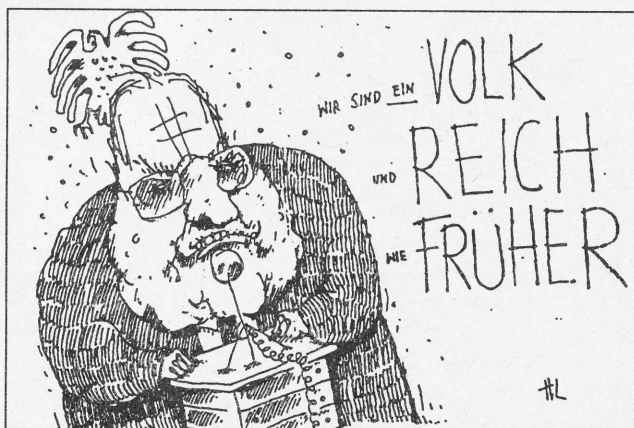
Privateigentum an den Produktionsmitteln ist zu garantieren und der Gewinntransfer. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. "Die Einheit kommt, wenn die Menschen sie wollen", sagt der Kanzler.

CDUCSUFDPSPD und die bundesdeutsche Wirtschaft spekulieren auf die zerstörende Wirkung der SED-Korruption. Sie setzen auf die Verzweiflung der Menschen in der DDR an ihrer desolaten Versorgungslage und auf die Anziehungskraft der Supermärkte und Kaufhäuser in der Bundesrepublik. Sie wollen der demokratischen Massenbewegung für eine eigenständige, ökologische, auch sozialistische Entwicklung in der DDR den Wind aus den Segeln nehmen.

Die GRÜNEN halten nichts von einer solchen "Einheit der Deutschen". Eine Vereinigung von BRD und DDR steht derzeit überhaupt nicht auf der Tagesordnung. Die sich entwickelnde Demokratie in der DDR benötigt aus der Bundesrepublik im Augenblick humanitäre Hilfe, langfristig Hilfe für den ökologischen Umbau ihrer Wirtschaft, und zwar ohne politische Bedingungen.

Sie benötigt die Anerkennung ihrer vollen staatlichen Unabhängigkeit durch die BRD, damit die Menschen ihr Selbstbestimmungsrecht auch tatsächlich wahrnehmen können.

Ludwig Nöllenburg



VERKEHR
ASYLANTEN
MÜLL USW.



"Regelmäßige umfassende Aufklärungsaktionen" über Müllvermeidung und die ganze damit zusammenhängende Problematik wünschten wir Grüne uns vor einigen Wochen in unserem Programm zur Gemeinderatswahl. Ein ausgezeichnete Anfang dazu wurde jetzt mit den sogenannten "Mülltagen" gemacht. Wir möchten die veranstaltenden Gemeinden, die BUND-Ortsgruppen und allen voran die Umweltberaterin Beate Friedetzki, die viel Zeit und Energie in diese Aktion investiert haben, herzlich dazu beglückwünschen.

Besonders gut gefallen hat uns, daß sowohl Kinder als auch Erwachsene in dieser Zeit gezielt mit dem Müllproblem konfrontiert waren, so daß sich eigentlich kaum jemand entziehen konnte. Somit wurden auch viele Diskussionen im privaten oder beruflichen Bereich provoziert. Daß dieses nötig ist, darüber berichtete einer der Referenten am ersten Info-Abend, der eine Berliner wissenschaftliche Untersuchung vorstellte, die nachweist, daß ein steigendes "Müllbewußtsein" sofort den Mülltonneninhalt senkt. Allerdings mußte auch festgestellt werden, daß die Müllmengen nach einiger Zeit wieder langsam ansteigen und nur durch nachgeschobene weitere Info-Aktionen reduziert bleiben. Insofern ist das Thema also immer noch nicht gegessen (Guten Appetit!), sondern es muß in Abständen hartnäckig weiter informiert werden.

Zur Müllthematik an sich: Es hat sich ja inzwischen hoffentlich herumgesprochen, daß für DIE GRÜNEN Abfallvermeidung absolute Priorität besitzt. Verschiedene diesbezügliche Gesetzesinitiativen wurden aber von der herrschenden Bundesregierungskoalition (z.B. Verbot der PET-Flasche) abgeschmettert, sodaß auch hier nur einerseits der mühsame Weg des immer Weiterackerns bleibt, andererseits müssen ständig Appelle an Verbraucher gerichtet werden, freiwillig auf aufwendige Verpackungen und auf Wegwerfartikel zu verzichten.

Übrigens hier gleich ein Tip für das anstehende Weihnachtsfest: Kaufen Sie keine "Geschenkpäckchen", verpacken Sie Ihre Päckchen nicht in die leider so modernen Folien, sondern in Papier (auch Geschenkpapier gibts aus Wälder- und

Wasser-schonendem Recyclingpapier). Textilbändchen können aufgebügelt und wiederverwendet werden. Styroporverpackungen sollten bei der Gemeinde abgegeben werden.

Das Problem "Wohin mit dem Müll?", das am 2. Infoabend im Mittelpunkt stand, darf nach unserer Meinung keinesfalls mittels Verbrennung gelöst werden. Viel zu groß sind die noch völlig unabschätzbaren Risiken, die darin liegen, daß bei der Erhitzung viele im Hausmüll enthaltenen Chemikalien in andere Stoffe umgewandelt werden, von denen gerade nur 20% bekannt sind. Von den anderen 80% wissen wir heute weder, wie giftig sie sind, noch wie sie weiterreagieren. Auch die hochtoxischen Filterstäube, die bei der Verbrennung zurückbleiben, bilden ein nicht lösbares Problem, denn man weiß heute nicht, wie und wo man die nötigen Hochsicherheitsdeponien einrichten kann. Im übrigen ist die Verbrennung des Hausmülls auch noch sehr teuer.

Gesetzliche Einschränkungen der Verpackungsproduktion müssen an erster Stelle stehen. Für uns bleibt dann die konsequente Müllvermeidung, die Abfalltrennung in Haushalt und Gewerbe, die Kompostierung und Wiederverwertung und zuallerletzt, als letzter Schritt: Die Deponierung des Restmülls.

Zu den Müllgebühren: Wir GRÜNE treten ein für eine mengenbezogene und damit gerechtere Gestaltung der Mülltarife. Daß dies auch hier im Rhein-Neckar-Kreis möglich ist, führt seit einigen Monaten die Gemeinde Brühl mittels Wertmarken vor, die auf alle Tonnen, die geleert werden sollen, geklebt werden.

Wir sollten aber - so meinen wir - in unserer Gemeinde nicht nur warten, bis irgendwo der "Stein der Weisen" in Sachen mengenbezogener Mülltarif gefunden ist, sondern baldigst eine eigene Lösung finden und auch umsetzen.

Isabella Suske



Seit mehreren Monaten wohnen Somalis in der Wiesenbacher Hauptstraße. Ich fragte mich: Somalia? Was ist denn dort los? Warum fliehen die Leute aus diesem Land am Indischen Ozean (Nachbarland von Äthiopien), das noch vor zehn Jahren als "fortschrittlicher Musterstaat" galt? In einem TAZ-Artikel vom 8.8.89 habe ich einige Antworten auf diese Frage gefunden.

Die Weltöffentlichkeit weiß kaum etwas über die dortigen momentanen Ereignisse - das Land ist seit 20 Monaten für ausländische Journalisten gesperrt. Unter größten Schwierigkeiten schmuggelte sich ein Redakteur der TAZ in das Land ein. Somalias Präsident Siad Barre hält sich nur noch mit Massakern an der Macht. Der einst von allen somalischen Stämmen anerkannte Machthaber hat mit diktatorischen Mitteln die Macht im Lande auf sich bzw. seinen Stamm, den Marehan-Stamm, konzentriert. Seine auch aus diesem Stamm aufgebaute Militärpolizei, Hangash genannt, ist in der Zeit zwischen dem 9. und 18. Juli allein in Mogadischu für den Mord an rund 500 Muslims verantwortlich. Im Norden des Landes verheert ein unbarmherziger Guerilla-Krieg bereits seit 16 Monaten Land und Leute. Quellen sprechen bereits von ca. 100.000 Toten. 99% der Menschen in Somalia sind Muslims, aber auch hier ist die Rede von der "fundamentalistischen Gefahr", der Einhalt geboten werden muß. Tatsache ist aber, daß das Minderheiten-Regime der Marehan mit nackter Gewalt seine Macht gegen die anderen Stämme im Land erhalten will.

Der Präsident sieht sich in seinem Land einer inzwischen geeinigten Opposition gegenüber. Das Motto: "Alle Muslime gegen die Marehan" ist zum Schlachtruf gegen die terroristische Cliquenherrschaft des Präsidenten Barre geworden. Dieser zieht zur Zeit die letzten Register seines Könnens: Nachdem Barre vor 12 Jahren nach dem von ihm angezettelten und verlorenen Ogadenkrieg gegen Äthiopien vom östlichen ins westliche Lager schwenkte (statt der Sowjetunion bekamen plötzlich die USA einen militärischen Stützpunkt in Berbera am Eingang des roten Meeres), hat er jetzt eilends wieder die diplomatischen Beziehungen zu Kuba aufgenommen ... wohl in der Hoffnung auf Militärhilfe. Somalia ist heute ein Land des politischen Terrors einerseits - der Furcht, Angst, Unterdrückung und Armut andererseits. Deshalb sind wohl auch Somalis in Wiesenbach. Verständlich - oder??

Es stellt sich die Frage, wo die Proteste der westlichen Welt bleiben! Für die USA gilt es noch in diesem Jahr den Pachtvertrag für den Militärstützpunkt Berbera zu erneuern - Grund genug für diplomatische Zurückhaltung. Italien hat sich durch wirtschaftliche Hilfe finanziell tief verstrickt und über 2000 italienische Entwicklungshelfer arbeiten in der ehemaligen Kolonie - auch Grund genug für politische Zurückhaltung. Und die BRD? - Vielleicht fühlt man sich den Helfern von Mogadischu von 1977 immer noch verpflichtet - aber darf man deshalb angesichts des vergossenen Blutes von massakrierten Menschen schweigen?

Martin Suske



Verkehr

Ein Gespenst geht um zwischen Wiesenbach und Mauer, ein Spuk, den viele schon in der Versenkung der Feuchtbiotope am Mönchzeller Weg verschwunden glaubten: Es handelt sich um ein langgestrecktes, möglicherweise betonbeinigtes Untier, das sich durch Wald und Flur frißt. Lateinische Bezeichnung: *Deviatio communalis*, zu Deutsch: die Gemeine Umgehungsstraße. Am 11. Oktober wurde es erstmals wieder gesehen. Ort der Erscheinung: Der Wiesenbacher Gemeinderat.

Dort stand am nämlichen Abend die Umgehungsstraße in Mauer auf der Tagesordnung, zu deren Planung auch die Nachbargemeinden angehört werden müssen. Und da geschah es ...

Von Seiten des Bürgermeisters und aus den Reihen der Freien Wähler sowie der CDU wurde die Frage angesprochen, ob die geplante neue Trasse für die B 45 einer möglichen Südumgehung von Wiesenbach buchstäblich in die Quere käme. Bürgermeister Kaiser hatte schon eigens Erkundigungen beim Regierungspräsidium in Karlsruhe eingeholt. Deren Ergebnis: Die neue B 45 berühre eine solche Straße zwar nicht, eine Umgehung von Wiesenbach sei derzeit aber weder beim Bund noch beim Land in den Straßenbauplänen aufgeführt.

Vor etlichen Jahren war eine Umgehungsstraße auf der Höhe zwischen unserem Ort und Mauer zuletzt im Gespräch gewesen, damals im Zusammenhang mit dem Bau einer Bundesstraße von Leimen nach Aglasterhausen zur B 292. Jetzt feierte diese Idee im Gemeinderat eine Art Wiedergeburt. Gruselig ...

Mit 9 Ja-Stimmen bei 3 Nein-Stimmen und einer Enthaltung wurde ein Antrag angenommen, in dem der Gemeinderat sein Bedauern über die fehlende Einbeziehung einer Ortsumgehung Wiesenbach in die Planung der neuen B 45 zum Ausdruck brachte. Der Gemeinderat der GRÜNEN lehnte diese EntschlieÙung ab. Er verweigerte auch dem Neubau der B 45 in Mauer seine Zustimmung.

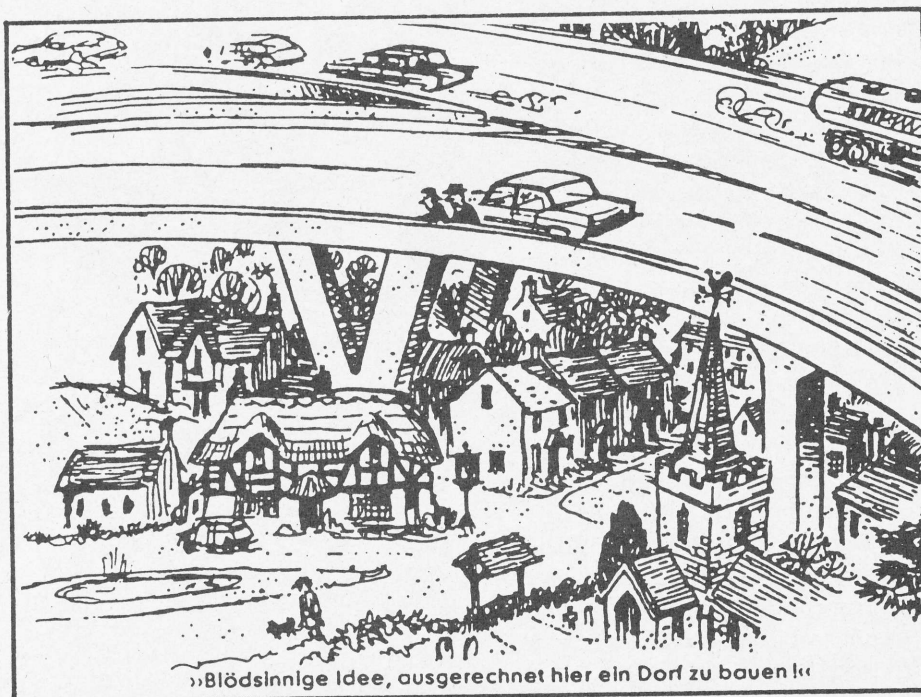
"Diese Straßenbaumaßnahme stellt einen beachtlichen Eingriff in die natürliche Landschaft dar", so heißt es in den amtlichen Planungsunterlagen für Mauer. In Wiesenbach würde dasselbe gelten.

Was anders kann bei einem Straßenbau vom Krähbuckel an der Höhe entlang bis irgendwo hinter dem Sportplatz vorbei auf die bestehende Verbindung nach Langenzell denn sonst herauskommen?

Der Verkehr, dem die AnwohnerInnen der Hauptstraße ausgeliefert sind, der muß vermindert, nicht verlegt werden.

Fahrtbeschränkungen für den überregionalen LKW-Verkehr und ein Umlenken der für den Straßenbau bereitgestellten Millionen in den Bahn- und Busverkehr sind die umweltfreundliche Alternative, vielleicht auch die schneller erreichbare Lösung.

Ludwig Nöllenburg



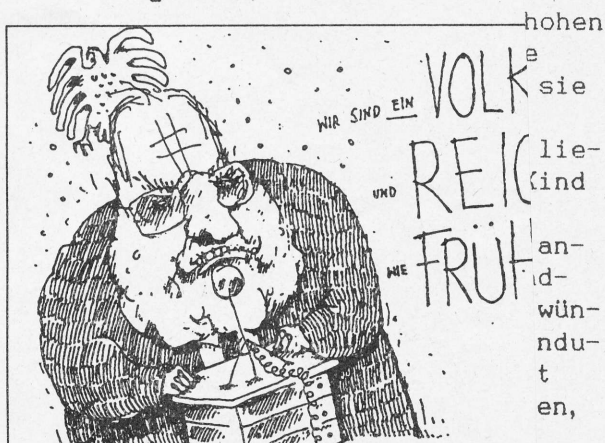
Fürs nächste Jahr wünsche ich:

....wie soll ich anfangen ? Frieden auf Erden und allen Menschen viele Wohlgefallen? Dieser Anfang klingt zwar gut, aber er droht sich zu einem mittleren Evangelium oder einer 12bändigen ökologisch-sozialistischen Utopie auszuwachsen. Soviel Platz gibt mir kein Redakteur des Grünen Boten, wg: der Druckkosten. Und ob Sie, liebe Leserin, ausreichend Zeit und Muße hätten, meine Neujahrswünsche zu lesen? (Der geneigte Leser wird mit Befremden erkennen, daß ich ihn nicht anspreche, dafür aber die Leserin. Nun, er kann sich ruhig genauso angesprochen fühlen, wie über Jahrhunderte die Frauen, die sich mit der Ansprache "hochverehrter Leser, lieber Leser, werter geneigter Leser etc. zu-frieden geben mußten.)

Also, lieber Leserin, für's kommende Jahr wünsche ich uns Frieden sowieso, Abrüstung, das Verschwinden aller Tief-flieger, einen neuen Papst, der weiblich und z.B. schwarz ist, das Bundesverdienstkreuz für Gorbatschow die Abwahl Helmut Kohls (ein kleines Häuschen im Schwarzwald darf der dann auch haben), den Literaturnobelpreis für Stefan Heym, die Fußballweltmeisterschaft für Österreich, damit Kaiser Franz auch wirklich weit weg geht (und vielleicht Gepäckträger wird statt Werbeträger zu bleiben), den Wegfall von Werbung, die 30 Stunden-Woche, eine Produktion, die umweltverträglich wird, den totalen Bankrott der Atommafia, der ja schon begonnen hat.

Demokratie! Die haben wir doch, denkst Du, liebe Leserin? Na, dann geh mal zu Daimler und sag dem Herrn Reuter (Sozialdemokrat), Du wolltest ab sofort demokratisch abstimmen, ob Mercedes weiterhin die Arbeit dazu nicht gesund

nein, lediglich die "sachlichen aussetzungen" muß die DDR schaff



in dem viele Konzerne als das benannt werden, was sie in Wirklichkeit sind: verkrebsende Dreckschleudern. Jährlich entstehen in der Bundesrepublik Umweltschäden in Höhe von 113,5 Milliarden DM (so die vorsichtigen Schätzungen des wissenschaftlichen Leiters des Umweltbundesamtes, Lutz Wicke).

Schön wär überhaupt, manche Amtsmißbraucher und Korrupties würden sich in der Bundesrepublik selbst aus dem Verkehr ziehen, so wie es in der DDR geschehen ist. Wo bleibt bei uns der Ruf "Wir sind das Volk", der diese dazu veranlaßt? Fürs nächste Jahr wünsche ich uns, daß die Staumeldungen um 2 Minuten kürzer werden, weil wir unser Auto etwas öfter stehen lassen können, weil sich der Nahverkehrsverbund entscheidend verbessert und verbilligt.

6 Millionen arme Menschen gibt es nach jüngsten Untersuchungen, 2 Millionen Arbeitslose offiziell und fast 4 Millionen inoffiziell. Wagen wir, liebe Leserin, nicht viel zu wenig, Veränderung zu verlangen? Weshalb kam im Schulunterricht unserer Kindheit das Wort Gerechtigkeit so wenig vor?

Weshalb lassen wir zu, daß die Arbeitsproduktivität ständig wächst, nur damit noch mehr Menschen arbeitslos werden? Warum lassen wir zu, daß in immer größeren Konzernen immer weniger Entscheider bestimmen, von denen jeder einzelne mehr Macht hat, als die Parlamente der meisten Länder dieser Erde - Entscheider, die Polititker einkaufen oder um den kleinen Finger wickeln?

Tja, liebe Leserin, Du denkst, das alles wäre vielleicht richtig, aber es wäre unrealistisch, zu hoffen, am Ende des nächsten Jahres sei alles besser? Du hast recht! Aber wenn man frau nicht unten wackelt, fällt oben nicht rechtzeitig der Apfel herunter.

So gesehen, wünsche ich uns allen ein gutes Apfeljahr 1990.

Peter Kühn





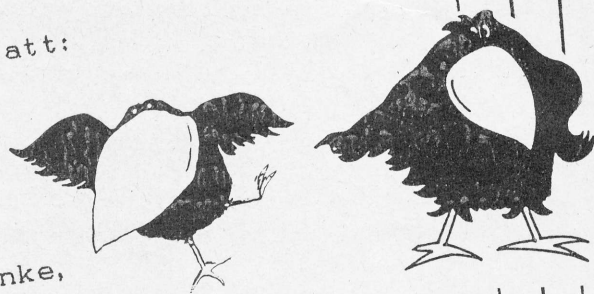
Peter Kühn

On mei Kolleesche Mundartdichderinne und Mundartdichder
Schreiwen nor so, wie eich de Schnawwl is gewachse,
Ob pälzisch, schwäbisch oder platt,
Egal ob vun Bayern oder Sachse
Nur eens bitt isch: Schreibt nidd so glatt:

Als gäb's kä Egge un kä Konde.
Als gäbs kän Kriesch un gäb kä Leed.
Als wärn mer alle alde Tante.
Un leischd verkalkt un e bißche bleed.

Schreibt nid nur vun Omsle und vun Finke,
Vum scheene griene Neckarfluß
Un iwwers Dorf, wo d' Mischdhaufe sendinge
Und daß de Goggel krähe muß.

Des lieschd mer wie en Schdee im Maache
Ihr sehd nur Himmel un kä Höll'
Ihr dappt durch d' Weld mit feschd verklebte Aache
Om Hundehalsband vun de Machd und klingeld mit de Narreschell.



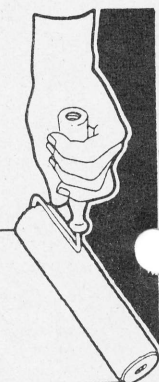
Es sind zwar schon einige Wochen ins Land gezogen, dennoch sei hier allen unseren Wählern für ihr Vertrauen gedankt. Wir konnten auch diesmal wieder einen Stimmenzuwachs verzeichnen und erzielten 14,26% der Wählerstimmen. Eine kleine freudige Überraschung war das Einzelergebnis unseres bisherigen - und neuen - Gemeinderats H. L. Nöllenburg, der die sechst-meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte (mehr als jeder CDU-Bewerber) Leider reichte auch dieses Ergebnis wegen des für uns ungünstigen Auszählungsverfahrens nicht für einen zweiten grünen Gemeinderat.

Auch bei der Kreistagswahl waren wir Grüne erfolgreich. Unsere Politik wurde auch hier wieder mit noch mehr Wählerstimmen belohnt. In unserem Wahlkreis wurde Anina Mischau, Neckargemünd, direkt gewählt.

Isabella Suske



Frohe
Festtage



mengenbezogener Naturpark
sondern baldigst eine eigene Lösung
n und auch umsetzen.

Isabella Suske

